



rotolo

INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

Bürger! Wahrt Eure Chance! Kommunalwahl 30. September 1979

Die Wahl am 30. September wird darüber entscheiden, ob die Großgemeinde Medebach für nächsten 5 Jahre der Alleinherrschaft einiger CDU-Größen überantwortet wird oder die Entscheidungen sich nach den Interessen aller Bürger ausrichten. Deshalb sollten Sie sich bei Ihrer Stimmabgabe vor Augen halten, daß nur eine starke Opposition im Stadtrat zu einer Kontrolle einsamer Entscheidungen und zum Zurückstutzen der Selbstherrlichkeit einzelner in der Lage ist. Nur bei Einzug einer ausreichenden Zahl sozialdemokratischer Kandidaten in den Stadtrat wird es ein ausreichendes Gegengewicht gegenüber den CDU-Obernen geben. Denn nach den Erfahrungen der letzten Jahre betrachten die meisten Mitglieder der CDU-Fraktion ihren Vorstand und den Vorsitzenden ja doch nur als den guten Hirten, dem sie gehorsam wie die Lämmer folgen.

Wie inzwischen wohl alle Bürger wissen, hat sich die Menge der bei der CDU eingeschriebenen Ratsmitglieder nahezu zu einem medizinischen Problem entwickelt. Mit dem Schlucken der um ihr politisches Überleben besorgten Zentrumsleute hat die CDU statt vorher 66% nunmehr über 85% der vorhandenen Ratssitze. Die (medizinische) Frage mag uns gestattet sein, wie bekömmlich ein so großer Schluck aus der Pulle ist. Hatte der Bürger bei der letzten Wahl angesichts der großtönenden Worte des Zentrums den Eindruck, dessen Wahl werde schon ein Gegengewicht gegen eine allmächtige Mehrheitsfraktion bilden, kann er über so viel opportunistisches Überläuferium eigentlich nur den Kopf schütteln. Als Reaktion nunmehr wie die von im „rotorn“ zitierte Bürgerin verärgert gleich CDU zu wählen, würde besagtes medizinisches Problem nicht lösen. Bürger, seht Euch als Arzt: verschreibt der CDU eine Abmagerungskur! Verstärkt die Kontrollmöglichkeit durch Wahl der SPD!

Es geht nicht um eine Bundes- oder Landtagswahl. Deshalb haben wir nicht die Absicht, ein umfangreiches Wahlprogramm anzubieten. Stattdessen werden wir wie bisher für eine vernünftige und ausgeglichene Arbeit in der Stadtvertretung gut sein. Wir werden uns nicht vor den Karren einzelner Interessenvertreter spannen lassen, sondern dem Stadtreignis auf die Finger schauen. Nicht um das Wohlergehen eines Grüppchens, seine finanziellen oder Machtinteressen geht es uns, sondern um eine ausgewogene Weiterentwicklung der Kernstadt und der Ortsteile. Gewiß werden wir angesichts angespannter Stadtfinanzen sorgsam Notwendigkeit und Vordringlichkeit jeder einzelnen Maßnahme abzuwägen haben. Und sicher werden wir es nicht allen überall und zu jeder Zeit recht machen können, weil die einen dies, die anderen jenes für wichtig halten. Vieles hat die Stadt in den letzten Jahren angefangen, z. B. Wasserversorgung, Kanalisation, Straßenbau, Schule usw. Das muß zügig, aber ohne Schludrigkeit zu Ende geführt werden.

Dabei sollen die Lasten und Lästigkeiten (z. B. beim Straßenbau) möglichst gering gehalten und möglichst gleichmäßig verteilt werden.

Einige Dinge müssen wir aber auch neu anpacken. Dazu gehören etwa die Ausweisung neuer Baugebiete und der Ausbau der Kanalisation auch in den Ortsteilen. Auch das gehört zum gerechten Ausgleich zwischen allen Bürgern. Davon abgesehen werden die Förderungsmittel für die Kanalisation nur bis 1981 fließen. Die Zeit drängt und wir dürfen die Versäumnisse aus den 50er und 60er Jahren nicht wiederholen, die jetzt uns alle über das hohe Wassergeld belasten. Wir wollen auch den Zusammenhalt der Bürger durch Einrichtung eines Bürgerhauses festigen, in dem die Bürger aller Altersgruppen, jung und

alt, sich begegnen können bei Spiel, Weiterbildung, Gespräch. Das Land fördert sowohl den Neubau wie den Umbau vorhandener Gebäude mit 40 bis 50% der Kosten.

Was sich in den nächsten Jahren darüber hinaus — neben der selbstverständlichen Unterhaltung der vorhandenen Einrichtungen, von der Feuerwehr bis zum Sport — noch wird machen lassen, kann sich erst aus der künftigen Entwicklung ergeben. Wenn sich Gelegenheiten bieten, werden wir sie wahrnehmen.

Die meisten unserer Kandidaten für die Stadtvertretung werden Ihnen persönlich bekannt sein. Sie bieten die Gewähr für die Fähigkeit zur Kontrolle und für ein vernünftiges Wort im künftigen Rat. Deshalb stellen wir sie hier vor, damit Sie selbst urteilen können:

Medebach 1: Jürgen Reinold; Medebach 2: Wolfgang Müller; Medebach 3: Franz-Josef Föhler; Medebach 4: Konrad Schmidt; Medebach 5: Gerd Nolten; Medebach 6: Heinz Köster; Medebach 7: Klaus Kralemann; Berge/Dreislar: Burkhard Linn; Medelon: Gunther Oehlbrecht; Küstelberg/Deifeld: Karl-Heinz Figgen; Referinghausen/Titmaringhausen: Wille Kürschner; Düdinghausen: Arnold Conzen; Oberschledorn 1: Ekkehard Habel; Oberschledorn 2: Reinhold Emde.

Die 16 Kandidaten der Reserveliste werden angeführt von Jürgen Reinold. Auf den weiteren Plätzen folgen: Ekkehard Habel, Franz-Josef Föhler, Konrad Schmidt, Wolfgang Müller, Klaus Kralemann, Gerd Nolten, Dietmar Bügler, Heinz Köster, Karl-Heinz Figgen, Burkhard Linn, Reinhold Emde, Gunther Oehlbrecht, Willi Kürschner, Arnold Conzen und Erwin Lux.



tz, München

Aus dem Rathaus

Ein Mehrbetrag von DM 160.000,— steht im Nachtragshaushalt allein für die gestiegenen Heizkosten. Die Energiekrise wirkt sich auch in Medebach aus, und Sparsamkeit ist Gebot. Einen Vorschlag zu größerer Sparsamkeit machte kürzlich der Bürgermeister im Stadtrat, als der Stadtdirektor erklärte, die Not der Beamten steige mit der Höhe ihres Gehalts. Dann dürften die Beamten eben nicht mehr befördert werden, meinte der Bürgermeister. Vielleicht würde Sparsamkeit aber auch dadurch zur Tugend unserer Beamten werden, wenn sie mit zur Voraussetzung einer Beförderung gemacht würde. Dann würden sie vielleicht bei Ausschreibungen sorgfältiger sein und auf Zuschlagsfristen achten (siehe auch „Unsere Meinung“).

Es gäbe auch weitere Ansatzpunkte zu sorgfältigem Umgang mit den von uns allen aufzubringenden Steuergeldern. So könnte man sich intensiver um die Planung der Kanalisation in den Ortsteilen kümmern. Wird diese nicht bis 1981 ausgeführt, gibt es keine staatlichen Zuschüsse mehr und die Stadt bzw. der Bürger muß die Kosten allein über das Wassergeld aufbringen. Immerhin hat das Land mit einem Betrag von fast 8 Mio. DM allein die Wasserwirtschaft in Medebach von 1974 — 1978 gefördert.

Die Westfälische Ferngasgesellschaft (WFG) will einen Vertrag mit der Stadt über die Lieferung von Ferngas abschließen. Bei sparsamem Denken hätte die Verwaltung erkennen können, daß in Medebach gerade Straßen gebaut werden und sich die sofortige Verlegung der Gasleitungen empfiehlt. Sonst müssen in ein oder zwei Jahren die neuen Straßen schon wieder aufgerissen werden. Stattdessen mußte erst die SPD im Rat auf eine entsprechende Vertragsänderung drängen, die dann glücklicherweise auch akzeptiert wurde.

Überhaupt erweist sich die Aushandlung von Verträgen als ein Problem der Wirtschaftlichkeit, dem die Verwaltung nicht recht gewachsen zu sein scheint. So hat man es unterlassen, für den Bau der Kläranlage vertraglich eine zügige Arbeit zu vereinbaren. Die Folge ist eine zögerliche Bauweise, von der sich jeder unschwer durch Augenschein überzeugen kann.

Schließlich stöhnt die Verwaltung auch ständig über den Umfang der ihr aufgebürdeten Arbeit. Daß mehr Arbeit auf sie zugekommen ist, stimmt zwar. Aber es erscheint doch fraglich, ob sie nicht durch eine Umorganisation innerhalb der Verwaltung aufgefangen werden kann, ohne daß gleich neue Kosten verursachende Stellen geschaffen werden müssen. Aber bisher ist der Wunsch des Rates, einen Organisationsplan vorgelegt zu bekommen, leider noch nicht in Erfüllung gegangen. Dabei gehören Organisationsfragen zu den wichtigsten Wirtschaftlichkeitsüberlegungen, die ein Geschäftsmann anstellt. Aber wie sprach doch dazu der Stadtdirektor: „Beamte sind keine Geschäftsleute; sie handeln nicht“. Es wird allmählich Zeit, daß sie handeln lernen!

Zur Person

Ein Lehrstück besonderer Art hat die CDU bei der Aufstellung ihrer Stadtratskandidaten geliefert: Fiel Stadtvertreter Nottelmann bei den Vorschlägen der Ortsunion durch und erreichte nicht die nötige Mehrheit für die Kandidatur in einem Wahlbezirk, stellte ihn der Stadtverband dann doch als Direktkandidaten auf. Hingegen schaffte es der CDU-Fraktionsvorsitzende Erwin Schmiedeler, von der Direktkandidatur wieder loszukommen. Schon vorher hatte er gemeint, als Direktkandidat würde er einen schweren Stand haben. Denn die Straßen habe er überall aufgerissen und bei einer Direktwahl würden ihn die verärgerten Bürger über seine selbst fabrizierten Schlaglöcher stolpern lassen. Politisches Geschick kann man den beiden Herren nicht absprechen!

Unsere Meinung

Die Straßenbaustelle Medebach kann einem inzwischen auf die Nerven gehen. Zwar haben wir in unseren bisherigen Stellungnahmen noch um Verständnis geworben, sind allerdings davon ausgegangen, daß der mit der Durchführung der Arbeiten beauftragte Unternehmer — und sei es nur im Interesse seiner Wiederwahl in den Stadtrat — für schnelle Arbeit sorgen würde. Stattdessen muß man verärgert feststellen, daß die Straßen überall aufgerissen und abgesperrt werden, Medebach nahezu unpassierbar geworden ist und man sich in den zahlreichen und nur unzureichend wiederhergestellten Straßenaufbrüchen in tiefen Schlaglöchern seinen Wagen ruiniert.

Wenn ein Unternehmer Aufträge übernimmt, so hat er seine Arbeiten gefälligst auch zügig auszuführen. Kann er dies nicht, so darf er sich nicht an Aufträgen übernehmen. Blättert man aber die Stadtratsprotokolle der letzten vier Jahre durch, so fällt auf, daß immer wieder derselbe Medebacher Unternehmer Aufträge erhalten hat, weil sein Preisangebot das niedrigste war.

Es ist zwar zu begrüßen, wenn Aufträge in der Stadt bleiben und damit Arbeit, Lohn und Gewerbe sichern. Jedoch darf dabei das Maß nicht überschritten werden. Zwar war der betreffende Unternehmer in seltenen Ausnahmefällen mal nicht der Geringstbietende. Dann kommt es aber vor, daß er trotzdem (beinahe) noch den Auftrag erhält.

So wäre ihm fast auch noch der Auftrag für den Neubau des Hauptsammlers von Medelon zur Kläranlage zugefallen, obwohl er ca. DM 114.000,— teurer als der Geringstbietende war. Hätte die SPD nämlich nicht aufgepaßt, wäre die Zuschlagsfrist abgelaufen gewesen, der Bieter hätte danach den Auftrag nicht mehr so übernommen. Dieser Verlust ist im letzten Augenblick von der Stadt abgewendet worden, der steuerzahlende Bürger braucht nicht über DM 100.000,— mehr aufzubringen. Erstaunen muß der im Rat abgegebene Kommentar des Stadtdirektors zu diesem Vorgang: „Solange Aufträge an Medebacher Firmen vergeben werden können, machen wir das.“ Und was wird der Stadtdirektor den Geschäftsleuten als Trost anzubieten haben, deren Geschäfte in abgesperrten oder unpassierbaren Straßen liegen und deren Kunden in Korbach einkaufen?

Kurz notiert

Am Brüggerweg wird in Kürze ein neuer SB-Markt eröffnet. Wir stellen mit Bedauern fest, daß Medebacher Unternehmen nicht mit Aufträgen bedacht, ja kaum einmal zur Abgabe von Angeboten aufgefordert worden sind. Immerhin handelt es sich um ein Millionenobjekt, die Bauherren wollen selbst in Medebach Geschäfte machen. Diese Art sich einzuführen, halten wir nicht für besonders glücklich.

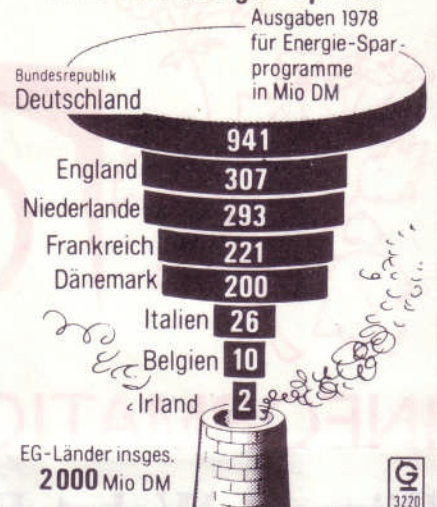
Das Land NW hat von 1974-1978 25,9 Mio. DM, davon 11,5 Mio. zur freien Verfügung, den Rest zweckgebunden, nach Medebach geleitet. Von den Landeszuweisungen entfielen u. a. auf:

Schulen und Bildungswesen	3,2 Mio.
Wohnungsbauförderung	0,9 Mio.
Städtebauförderung	1,0 Mio.
Sportförderung	0,2 Mio.
Straßenbau und Verkehr	0,7 Mio.
Wasserwirtschaft	7,9 Mio.
Agrarstrukturmaßnahmen	1,1 Mio.

Diese Zahlungen — pro Einwohner DM 900,— mehr als im Landesdurchschnitt — hielten unseren Bürgermeister nicht davon ab zu behaupten, Medebach solle ausgeblutet werden.

Den CDU-Fraktionsvorsitzenden Schmiedeler sollen diese Zahlen hingegen sicherem Vernehmen nach beunruhigen. Da sie sich auf sein Unternehmen höchst vorteilhaft auswirken, soll er geträumt haben, er werde demnächst die SPD wählen.

Geld fürs Energie-Sparen



Sparen kann, zumindest kurzfristig, teuer sein. Dieser scheinbare Widerspruch zeigt sich beim Bemühen der Bundesregierung, Energie einzusparen. Die Grafik zeigt, daß die Bundesrepublik für Energiesparprogramme (sowohl für Wärmeisolierung an Gebäuden wie für Forschungsprogramme) weitaus mehr Geld ausgibt als ihre europäischen Nachbarn. Ergebnis: Der Ölanteil ist bereits spürbar zurückgegangen.

Bericht aus Bonn

Vor 40 Jahren, am 1. 9. 39, begann Deutschland den 2. Weltkrieg. Größenwahn und Menschenverachtung trieben Millionen in den Tod, in das Elend und aus der Heimat. Im Jahr der Wahl des 1. gemeinsamen Europaparlaments und der Zeit des weltweiten Reisens erscheint es wie ein böser Spuk, was Deutsche und Franzosen, Engländer und Italiener, Russen, Polen, Amerikaner und Japaner sich damals antaten und all die anderen Völker ringsum. Seit 1945 haben wir in Europa keinen Krieg mehr. Aber Frieden haben wir auch nicht. Zumindest keinen stabilen.

In anderen Ländern gab es seit 1945 mehr als 150 Kriege mit mehr als 80 Millionen Toten. Und keine Großmacht und kein wirtschaftlich bedeutsames Land wie die Bundesrepublik bleiben unberührt von dem, was anderwärts an Auseinandersetzungen ausbricht. Irgendwie sind immer auch unsere strategischen und ökonomischen Interessen tangiert. Nicht zufällig spricht man von Stellvertreter-Kriegen, wenn mit Waffen vollgestopfte Länder — oft Entwicklungsländer — sich mit Bomben, Raketen und Panzern gegenseitig vernichten.

Die Welt ist in Gefahr, sich in schreckliche Kriege zu stürzen. Nichts spricht dafür, daß die Vernunft den Krieg unmöglich macht. Aber es spricht auch nichts dafür, daß es Kriege geben muß wie eh und je. Der Friede kann erkämpft werden und der Friede muß erkämpft werden.

Wie können wir den Frieden sicherer machen? — Unsere Verteidigungsfähigkeit muß garantiert bleiben.

— Unser Wille zur Entspannung muß un- zweifelhaft sein.

— Unsere Hilfe für die armen und schwachen — Völker muß größer werden.

— Unser Ziel muß die Abrüstung sein.

Ohne Sozialdemokraten hätte die Bundesrepublik den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterschrieben, wir wären nicht in der UNO, es gäbe die Ostverträge nicht, wir hätten nicht an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit teilgenommen.

Und wir haben heute Recht mit unserer Forderung nach kontrollierter, beiderseitiger und stufenweiser Abrüstung. Das nuklearstrategische und das konventionelle Waffenarsenal reicht zermal aus, unseren ganzen Stern in Schutt und Asche zu legen. Rund 800 Milliarden Dollar werden jährlich auf der Welt für Waffen ausgegeben. Das ist ein Skandal. Es muß mit der Abrüstung vorangehen, damit der Frieden sicherer wird. Die Besinnung auf den 1. 9. 1939 kann uns anspornen.